

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers und Martin-Peter Houscht

## 125 Tote bei Demonstration von Gowaris

Am 23. November vergangenen Jahres starben bei einer Demonstration in Nagpur über 125 Angehörige des 'Gowari' Stammes. 25.000 Menschen hatten versucht, die Eintragung der 'Gowaris' in die Liste der 'scheduled tribes' zu erzwingen. Der Versuch, eine Blockade zu überwinden, begegnete die Polizei mit einer Flut von Stockschlägen, worauf Panik unter den Demonstranten ausbrach und etliche Gowaris zu Tode getreten wurden. Tragisch an diesem Vorfall ist, daß er hätte vermieden werden können. Die Anführer der Stämme wie auch viele Politiker - auch solche, die hohe Ministerämter bekleiden - wissen nicht, wie die Liste der 'scheduled tribes' entsteht, und können auch nicht die Prozedur der Listeneintragung erklären.

Im Gegensatz zu dem Begriff der 'scheduled castes', gibt es für die 'scheduled tribes' (ST) keine offizielle Definition, keine einheitlichen Kriterien, mit deren Hilfe die Rechtmäßigkeit entsprechender Forderungen überprüft werden könnte. Nach der Verfassung soll der Präsident nach vorheriger Konsultation mit den politischen Autoritäten der Bundesstaaten eine entsprechende Liste vorlegen. Dies geschah erstmals am 6. September 1950. Nach dieser 'Constitution (Scheduled Tribes) Order' sind ST alle diejenigen, die kraft der Anordnung auf der ST-Liste stehen. Einmal entstanden, darf die Liste selbst vom Präsidenten nicht mehr verändert werden.

Die Verordnung von 1950 war eine Abänderung des 'Government of India Act' von 1935 sowie der 1936 entstandenen Liste der 'rückständigen Stämme' mit Ausnahme Bengalens und des Punjabs. Für diese Gebiete galten besondere Bestimmungen. Die Gesetze galten also nicht für die 'tribes', sondern für die Gebiete, in denen sie lebten. Immerhin wurde mit der Verordnung von 1935 und der Liste von 1936 erstmals Vorkehrungen für die Repräsentation von Stammesbevölkerungen in Provinzparlamenten getroffen.

Auch die Anordnung von 1950 hatte es versäumt, Kriterien für die ST zu formulieren; nach wie vor bestimmte das Gebiet den Charakter der Gemeinde. Lag sie nicht in einem 'scheduled area', wurde ihr auch nicht der ST-Status verliehen.

Mehrere Kommissionen wurden eingerichtet, um

die offensichtlichen definitorischen Mängel zu überwinden. Die 'Backward Class Commission' kam zu der Schlußfolgerung, daß die ST größtenteils abgeschieden in den Bergen lebten oder aber auch im Flachland ein von der Bevölkerungsmehrheit getrenntes Leben führten; die Art und Weise, wie sie lebten, führe zu ihrer Registrierung als ST, so die Kommission weiter. Die auf diese Weise erfolgte Verordnungsergänzung von 1956 wurde jedoch als unbefriedigend empfunden, so daß eine neue Kommission gebildet wurde, die es sich zur Aufgabe machte, die 800 Stammesgesellschaften systematisch zu erforschen. Des weiteren sollte erreicht werden, daß jede Gemeinschaft in den Parlamenten und Versammlungen vertreten war. Doch nicht nur das - die Anerkennung als ST war und ist gleichbedeutend mit Quoten für Arbeits- und Ausbildungsstellen.

Bald gab es Schwierigkeiten. Man stellte fest, daß die Stämme in Indien schon seit längerem 'Stämme im Übergang' seien. "Primitiv" und "rückständig" waren die Kriterien, denen die Listen von 1950 und 1956 zugrunde lagen. Um die Liste zu überarbeiten, hielt die Kommission Ausschau nach primitiven Charakterzügen, einer charakteristischen Kultur, nach Verhaltensweisen, wie Scheu im Umgang mit Fremden, und einigem mehr. Ein anderes Problem lag in der 'area restriction'. Danach war die Zuerkennung des ST-Etiketts an den Wohnort gebunden. Wen es beispielsweise in ein anderes Gebiet zog, verlor seinen Status. Diese Regelung verhinderte oft soziale Mobilität.

Mit dem 'Scheduled Castes and Scheduled Tribes Order (Amendment) Act' von 1976 wurde die 'area restriction' aufgehoben, an der ST-Liste selbst wurden keine Veränderungen vorgenommen. In Madhya Pradesh und Maharashtra fiel nicht einmal überall die 'area restriction'. Dies führte bei der Volkszählung von 1981 zu massiven Betrügereien; viele erschlichen sich durch Falschaussagen den ST-Status. In Karnataka stieg die ST-Bevölkerung zwischen 1971 und



1981 um 690 Prozent. Neben der Aufhebung der 'area restriction', die aus 'normalen' Bürgern Angehörige der ST machte, waren wiederum Betrügereien Ursache für diesen rapiden Anstieg.

Seit Beginn der neunziger Jahre wächst die Zahl derjenigen, die in die Liste der ST aufgenommen werden wollen, kontinuierlich. Die damit verbundene Reservierung von Arbeitsstellen und von Plätzen in Bildungseinrichtungen wirkt wie ein Magnet. Nun sollen auch die Gowari zum 'rückständigen Stamm' erklärt werden und in den Genuß der Quoten kommen. Dies als Folge der Novembertragödie. Dabei stand die ethnische Gruppe der 'Gond' seit 1950 auf der ST-Liste. Die 'Gond Gowari' wurden in der Liste von 1976 als Untergruppe der 'Gond' geführt, nicht jedoch als eigenständige Gruppe.

Solange kein verbindlicher Kriterienkatalog zur Bestimmung der ST vorliegt, wird es weitere Demonstrationen geben. Vieles spricht dafür, daß Nagpur den Beginn einer neuen Runde der Agitation eingeläutet hat. Solange keine Kommission verbindliche und von allen Seiten akzeptierte Kriterien festgelegt hat, bleibt als Mindestforderung nur eins: Politiker und Bürokraten sollten zumindest die Prozedur eines ST-Listeneintrages erklären, damit Vorfälle wie in Nagpur ausbleiben.

### Menschenrechtsverletzungen in Westbengalen

Die Menschenrechtsbilanz der von der 'Communist Party of India' - CPI (M) - angeführten Regierung in Westbengalen hat sich seit Juni 1977, als sie das Wählervotum erhielt, kontinuierlich verschlechtert. Waren Mitglieder der CPI (M) vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahren staatlicher Verfolgung ausgesetzt, wurden sie inhaftiert und ermordet, so schien es beim Machtantritt der CPI (M) eine Zäsur in Westbengalen zu geben. Politische Flüchtlinge gleich welcher Couleur wurden aus den Gefängnissen entlassen, zwei Kommissionen wurden errichtet, mit der Aufgabe, Fälle von staatlichem Mord zu untersuchen, und schließlich versprach man, die Polizei nicht gegen Demonstranten einzusetzen, die von ihrem demokratischen Recht auf Meinungsäußerung Gebrauch machten.

Doch mit der Zeit änderte sich die Situation. Nur eine der beiden Kommissionen beendete ihre Arbeit.

Obendrein wurden ihre Empfehlungen ignoriert. Niemand wurde zur Rechenschaft gezogen. Im Gegenteil: Die neue Regierung begann nun ihrerseits, Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten zu verletzen. Wieder starben Menschen in polizeilicher Obhut, wurden Demonstranten von Polizeikräften unter Beschuß genommen.

Die Vereinigung zum Schutz demokratischer Rechte (APDR) kommt zu erschreckenden Zahlen: Zwischen 1977 und September 1994 starben 182 Personen in polizeilicher Obhut, 63 wurden vergewaltigt. Die Polizei verweist in diesen Fällen gerne auf natürliche Todesursachen oder spricht von Selbstmorden. Als vor zwei Jahren ein Richter in einem Urteil den Hinterbliebenen eines in Polizeigewahrsam Gestorbenen umgerechnet 4.000 DM zuerkannte und eine genaue Untersuchung des Todesfalles anordnete, passierte nichts. Keine Kompensation, keine Untersuchung.

Nicht besser erging und ergeht es Personen, die bei Demonstrationen verletzt oder getötet werden. Im September 1990 demonstrierten beispielsweise Menschen aus Verärgerung über die wiederholten Stromausfälle, die sich ausgerechnet während eines hohen Hindufestes ereigneten. Die Polizei eröffnete das Feuer und tötete drei Personen. Es folgten Ausreden und Vertuschungen.

Wenn immer es zu solchen Vorfällen kommt, erhält die Polizei Rückendeckung von der Regierung. Demonstranten werden als randalierender Mob hingestellt, die der Polizei keine andere Wahl lassen, als zu schießen.

In den wenigen Fällen, in denen richterlicherseits die Polizeiaktionen als ungerechtfertigt bezeichnet wurden, passierte auch nichts - kein Polizist wurde zur Verantwortung gezogen. Die CPI (M) - so scheint es - hält schützend die Hand über die Polizei, um der Stabilität willen.

Die Untersuchungskommissionen verbreiten wenig Enthusiasmus auf Seiten der Bevölkerung. Zu langsam wird gearbeitet, oder aber sie finden kein Gehör. Die Zentralregierung in Dehli hat eine nationale Menschenrechtskommission eingerichtet, die immerhin auf Menschenrechtsverletzungen aufmerksam macht; die bereits 1992 geplante Menschenrechtskommission in Westbengalen hat dagegen noch nicht mit der Arbeit beginnen können - sie steht nach wie vor nur auf dem Papier.

Wann handelt die CPI (M)?

### Bhopal - Noch mehr Ausweichmanöver?

Nach zehn Jahren harter Arbeit, in denen Nichtregierungsorganisationen (NRO) versucht haben, den Opfern der Giftgaskatastrophe von Bhopal zu ihrem Recht zu verhelfen, hat die Regierung von Madhya Pradesh plötzlich reagiert. Ministerpräsident Digvijay Singh gestand unlängst überraschend ein, daß die politische Seite es bisher versäumt habe, die Opfer zu rehabilitieren und lud NRO und 'besorgte Bürger' ein, dieses nachzuholen. Ein solches Eingeständnis muß überraschen, blickt man auf die vergangenen zehn Jahre zurück. Sie waren geprägt durch eine systematische Desinformationspolitik seitens der Regierungsvertreter und deren Versuche, jegliche Aufklärungsarbeit der NRO durch Polizeiaktionen zu durchkreuzen. So kamen die jährlichen Berichte des 'Indian Council of Medical Research', die sich mit den Bhopal Folgeschäden auseinandersetzten und überdies noch ein geschöntes Bild präsentierten, unter Verschuß; wurden Versuche, wahrheitsgetreue Bestandsaufnahmen der Gesundheitsituation in und um Bhopal herum anzustellen, durch Verhaftungen erschwert, bekamen für ihre Rechte demonstrierende Bhopal-Opfer statt einer Entschädigung Prügel.

Während die Opfer ein weiteres Mal bestraft und schikaniert wurden, erhielt die Unglücksfirma 'Union Carbide' volle Rückendeckung durch die indische Regierung. Ein gegen sie geführter Scheinprozeß endete mit einem Skandal. 1989 verzichtete die indische Regierung gegen die Zahlung von 470 Millionen US-Dollar auf alle Schadensansprüche - die ursprüngliche Forderung hatte sich auf das Siebenfache belaufen. Warren Anderson, zum Zeitpunkt des Unfalls Vorsitzender von 'Union Carbide', befand sich nur kurze Zeit in indischer Haft und weigerte sich später, vor einem indischen Gericht zu erscheinen. Auf indischer Seite wurde niemals ein ernstzunehmender Versuch unternommen, die Auslieferung Anderson's zu erwirken; trotz eines bestehenden Auslieferungsabkommens zwischen den USA und Indien.

Angesichts dieser langen Kette skandalöser Ereignisse muß an der Aufrichtigkeit des jüngsten Regierungsvorstoßes gezweifelt werden.

Ist es ein weiterer Versuch der Regierung, ihrer Verantwortung zu entgehen und sie auf den Schultern von freiwilligen Organisationen zu plazieren? (siehe dazu auch den Beitrag von Rainer Hörig in dieser Ausgabe)

**Krise in der 'Congress'-Partei**

Nach der verheerenden Wahlniederlage in Andhra Pradesh und Karnataka sowie einer Reihe von Skandalen, in die Minister der Regierung Rao verwickelt sein sollen, befindet sich die 'Congress'-Partei in der wohl schwersten Krise seit Erlangung der Unabhängigkeit. Die Wahlniederlage im südlichen Indien gab den Anstoß für wachsende Kritik an der Führungsrolle des Parteivorsitzenden und Premierministers Narasimha Rao, die schließlich zum Rücktritt des 'Human Resource Development Ministers' Arjun Singh führte, einer der heftigsten Gegner Raos. Singh gilt als der Anführer der sogenannten 'Dissidenten', einer Gruppe von einflußreichen 'Congress'-Mitgliedern und Parlamentsabgeordneten, die schon seit langem den Führungs- und Regierungsstil Raos kritisieren. Die zögerliche Reaktion der Regierung auf die Zerstörung der Moschee in Ayodhya und die Bemühungen, die Wähler der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) für den 'Congress' zurückzugewinnen, habe dem säkularen

Image der Partei geschadet und die vielen Minderheiten von ihr entfremdet. Anstatt auf die von Singh und seinen Anhängern erhobenen Vorwürfe einzugehen und eine innerparteiliche Diskussion zu gestatten, reagierte Rao auf den Rücktritt Singhs mit dessen Ausschluß aus der Partei. Der Hauptvorwurf Singhs ist die Tolerierung von Korruption durch Premierminister Rao. In einem ausführlichen Rücktrittschreiben - das auch in der indischen Presse veröffentlicht wurde - fordert er die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der jüngsten Finanzskandale.

**Erneuter Bann der VHP**

Die indische Zentralregierung erneuerte Mitte Januar das Verbot der 'Vishnu Hindu Parishad' (VHP), das sie gegen den 'Weltrat der Hindus' nach der Zerstörung der Moschee in Ayodhya ausgesprochen hatte. Nach einer neuen Einschätzung der Aktivitäten der VHP, wonach diese zu "schwerwiegenden kommunistischen Spannungen" führen können, reagierte das Innenministerium unter Berufung auf den 'Unlawful Activities (Prevention) Act' von 1967 und verlängerte das Verbot der Hinduorganisation. Nach Auffassung der Regierung sind die jüngsten Äußerungen von führenden Persönlichkeiten der VHP eine ernste Bedrohung der

Harmonie und des Friedens zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen des Landes. Nach Mitteilungen der Regierung habe sich die VHP in jüngster Zeit u.a. in Ayodhya zu versammeln und Land für den Tempelbau zu besetzen, außerdem sei es zu indirekten Aufforderungen an die Gemeinschaft der Hindus zu Moscheezerstörungen in Mathura und Varanasi gekommen. "Das Verbot der VHP, der größten nationalen und internationalen Hinduorganisation, entlarvt die regierende 'Congress'-Partei. Der Premierminister irrt, wenn er glaubt, durch diese Entscheidung die Minderheiten für die 'Congress'-Partei zurückzugewinnen zu können", kritisierte der Generalsekretär der hindu-chauvinistischen 'Bharatiya Janata Party' (BJP), Krishan Lal Sharma, die Regierungsentscheidung. L.K. Advani, der Präsident der BJP bezeichnete das Verbot als "pervers".

**Wirtschaftsvereinbarungen in Milliardenhöhe**

Die USA und Indien verstärkten Mitte Januar ihre ökonomischen Beziehungen durch die Unterzeichnung von neuen Wirtschaftsvereinbarungen, die amerikanische Investitionen von mehr als zwei Milliarden US-Dollar vorsehen. Während des Besuchs einer amerikanischen Handelsdelegation unter der Leitung des amerikanischen Handelsministers, wurden Geschäftsvereinbarungen zwischen indischen und amerikanischen Firmen in einer Gesamthöhe von etwa 2,6 Milliarden US-Dollar unterzeichnet. Schwerpunkte der Investitionen sind Stromerzeugung und Petrochemie sowie Telekommunikation, die Projekte für off-shore Öl- und Gasproduktion (1,1 Milliarden US-Dollar) umfassen sowie zum Kraftwerksbau in Kerala (450 Millionen US-Dollar) und zum Aufbau eines TV-Kabelnetzsystem in Kalkutta (250 Millionen US-Dollar).

**Wiederaufnahme des 'Indo-Bangla Border Trade'**

Mit der ersten Exportlieferung von zehn Tonnen 'Ruhi'-Fisch Mitte Dezember, wurde nach 25-jähriger Unterbrechung der Grenzhandel zwischen Indien und Bangladesh wieder aufgenommen. Die Importeure in Bangladesh nahmen die Lieferung in am fünf Kilometer von Agartala entfernten Grenzübergang



Akhaura entgegen. Nach Angaben der Zollbehörden wurde die Öffnung der Grenze zu Bangladesh von Händlern und Geschäftsleuten in Tripura mit Begeisterung aufgenommen. Importeure in Bangladesh haben inzwischen eine Vielzahl von Lieferungen für indische Waren wie Kohle, Fahrradkomponenten und Schreibwaren in Auftrag gegeben. Nach offiziellen Angaben werden alle Grenzposten entlang der 839 Kilometer langen Grenze zwischen Tripura und Bangladesh für den grenzübergreifenden Handel geöffnet.

#### Israelische Technologie für Grenz-zaun

Indien plant den Import israelischer Technologie zur Errichtung eines elektronisch gesicherten und überwachten Grenzzaunes, um seine Grenze zu Pakistan abzusichern. Bei einem Besuch in Israel besichtigte eine von der indischen Regierung eingesetzte Kommission Tel Aviv und den Gaza Streifen und überzeugte sich von der Effizienz israelischer Grenzsicherheitstechnologie. Nach indischen Presseberichten hat das Team der indischen Regierung den Ankauf der israelischen Technologie empfohlen, nachdem es diese mit vergleichbaren Systemen in Westeuropa verglichen hatte. Geplant ist die Errichtung eines Zaunes entlang der Grenze zu Pakistan in Gujarat und Rajasthan, um illegale Grenzüberschreitungen von "Söldnern und Terroristen aus Pakistan zu verhindern, die für die anhaltenden Spannungen und Kämpfe im Kashmiral verantwortlich" sind. Die Kosten für die Grenzsicherung betragen etwa 50 US-Dollar pro Meter, insgesamt sollen so etwa 1.500 Kilometer Grenze gesichert werden.

#### Autonome Region Jharkand

Mit der Verabschiedung der sogenannten 'Jharkand-Bill' durch das Landesparlament in Bihar ist eine weitere wichtige Hürde in der Schaffung einer 'Autonomen Region Jharkand' gefallen. Unter lautstarken Protesten von Abgeordneten der 'Bharatiya Janata Party' (BJP), die zum Ausschluß eines ihrer Abgeordneten führten, verabschiedete das Landesparlament das Gesetz zur Schaffung des 'Jharkand Autonomous Council', das aus den 18 tribalen Distrikten Bihars gebildet werden soll (siehe auch 'Süd-asien', 7/94). Das Gesetz tritt in

Kraft, nachdem es durch den Präsidenten gebilligt und im Staatsanzeiger Bihars veröffentlicht wurde.

#### Wirtschaftsreformen führen zu Preisanstieg

Der durch die vor dreieinhalb Jahren begonnenen Wirtschaftsreformen ausgelöste Preisanstieg macht es für die Mehrheit der indischen Bevölkerung zunehmend schwieriger, ihre Grundbedürfnisse auf Nahrung, Kleidung und Wohnung (roti, kapada, makaan) zu decken. Die im laufenden Finanzjahr für lange Zeit zweistellige Inflationsrate bedeutet für die ärmeren Bevölkerungsschichten die schwierigste Zeit seit Erlangung der Unabhängigkeit. So stiegen seit Juni 1991 die Preise für Reis und Nahrungsmittelgetreide um etwa 58 Prozent, die für Hülsenfrüchte um 59,5 Prozent und für Textilien um 42,5 Prozent. Der Preis für Zucker stieg im gleichen Zeitraum um mehr als 56 Prozent an.

#### Immer mehr Frauen Opfer von Verbrechen

In den vergangenen zehn Jahren hat sich die Zahl der Verbrechen gegen Frauen mehr als verdoppelt. Statistiken des kriminalstatistischen Büros des Innenministeriums zufolge wird alle sechs Minuten eine Frau Opfer eines Verbrechens. Alle 47 Minuten wird eine Frau vergewaltigt und alle 44 Minuten wird eine Frau entführt. Jeden Tag werden 17 'Mitgifttodesfälle' registriert. Im vergangenen Jahr wurden offiziell knapp 83.000 Verbrechen gegen Frauen registriert. In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Zahl der gemeldeten Vergewaltigungen um 400 Prozent gestiegen, von beinahe 3.000 in 1974 auf über 11.000 in 1993. Die meisten Übergriffe gegen Frauen werden aus ländlichen Gebieten gemeldet, wo vor allem sexuelle Gewalt ein wichtiges Mittel zur Aufrechterhaltung traditioneller Macht- und Herrschaftsstrukturen ist. Die



Zur neuen 'Miss World' wurde die Inderin Aishwarya Rai gekrönt (Foto: 'Frontline')

'Nationale Kommission für Frauen' erhält nach Angaben ihrer Vorsitzenden, Jayanti Patnaik, vor allem Beschwerden über Gewalttätigkeiten gegen Frauen in Verbindung mit Mitgiftforderungen. In vielen Fällen bliebe die Polizei inaktiv und weigere sich, Anzeigen oder Beschwerden entgegenzunehmen. Politische Parteien reagierten nur, wenn sie sich davon politischen Gewinn versprächen. Um der wachsenden Zahl von Fällen gerecht zu werden, haben verschiedene Bundesstaaten damit begonnen, spezielle 'Frauengerichtshöfe' einzurichten. Doch diese 'mahila courts' verfügen nur über begrenzte Befugnisse und Amtsgewalt und verhandeln in der Regel vor allem Fälle um Mitgiftforderungen und Familienstreitigkeiten.

#### Hotelindustrie Goas mißachtet Richtlinien zum Umweltschutz

Werden in Goa weiterhin Hotels im bisherigen Tempo gebaut, wird es nicht lange dauern, bis das paradiesische Goa sich in einen Zementdschungel a la Bombay verwandelt. Das ist das Ergebnis eines

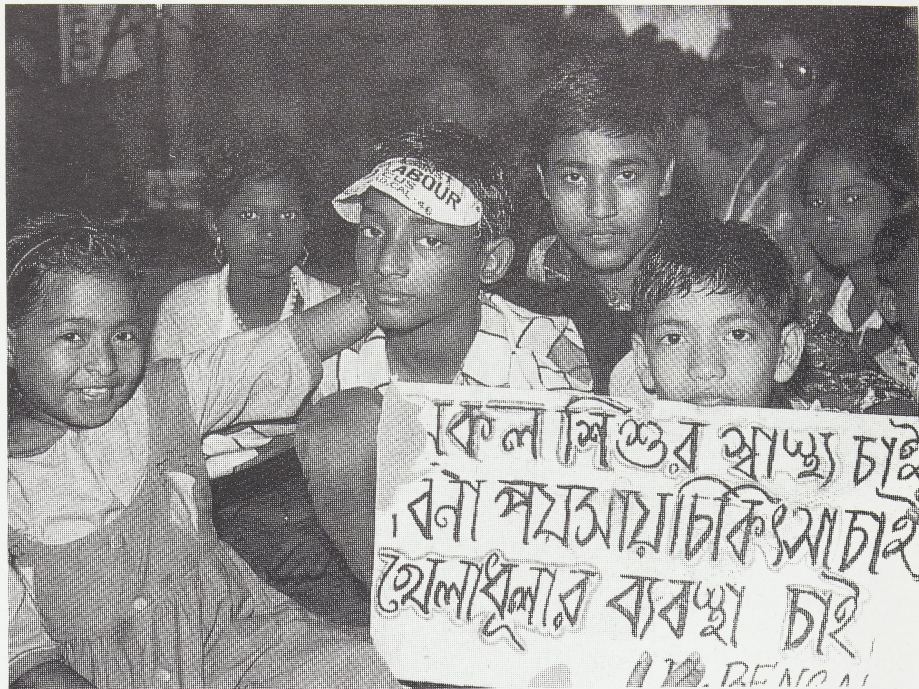
vom Umweltministerium in Auftrag gegebenen Berichtes über Verletzungen der sogenannten 'Coastal Regulation Zone'. Der Bericht des Umweltministeriums weist mindestens ein Dutzend Fälle nach, in denen Hotels innerhalb der 200 Meter breiten Sperrzone und damit zu nahe am Meer errichtet wurden. Indirekt weist der Report auf enge Beziehungen zwischen Unternehmern und örtlichen Politikern hin. 'Dona Paula', einer der beliebtesten Badeorte Goas, ist nach Auffassung der Berichtersteller so weit heruntergekommen, daß er "einem städtischen Flohmarkt (urban flea-market) gleicht." Die Ruhe und Beschaulichkeit des Ortes werde u.a. auch durch Dutzende motorisierter 'water scooters' gestört.

Nichtregierungsorganisationen (NRO's) bezweifeln aufgrund der Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft jedoch, daß Umweltminister Kamal Nath auf den Bericht reagieren und entsprechende Maßnahmen ergreifen wird. Sie befürchten hingegen, daß der Bericht in irgendwelchen Schubladen des Umweltministeriums verstauben wird.

Zu den Umweltsündern und Verletzern der strandnahen Schutzzone gehört auch das 'Taj Village', dessen open-air Restaurant ohne offizielle Genehmigung bis direkt auf den Strand erweitert wurde. Auch ein Vorratslager wurde in dieser Zone errichtet. Im Anhang des Berichtes wird darauf hingewiesen, daß die gesamten Abwässer des 'Taj Village' ungeklärt ins Meer geleitet werden. Neben der Hotelindustrie ist es in zunehmendem Maße auch private Wohnungsbautätigkeit, durch welche die Schutzzone verletzt wird. So fand das Team zum Beispiel allein in dem Dorf Velsao acht neue Wohnhäuser innerhalb des 200 Meter breiten Schutzstreifens.

#### Einkaufsfernsehen in Delhi

Ganz der Logik der neuen Konsumideologie folgend, planen das staatliche indische Fernsehen und das neugegründete Unternehmen 'Interactive Visions' (ITV) die Einführung eines Einkaufskanals für die Fernsehzuschauer in der indischen Hauptstadt. Das neue Programm wird täglich unter dem Titel 'Die Einkaufsstunde' ausgestrahlt. 'Dees Home Shopping Network Limited' (DHSNL), so der Name des neuen Kanals, erhält darüber hinaus täglich acht Stunden Sendezeit über



Kinderarbeiter-Demonstration in Madras (Foto: 'Frontline')

die Kabelnetzbetreiber Delhis, die sich in ITV zusammengeschlossen haben. Der Einkaufskanal ist zunächst auf Delhi beschränkt, wo DHSNL ein Lagerhaus eingerichtet hat, von wo aus die Waren nach telefonischer Bestellung mit Hilfe von Kleintransportern ausgeliefert werden.

#### Kinderarbeiter fordern ihre Rechte

Streichholzfabriken, Teppichwebereien, Edelsteinschleifereien, Gerbereien, Hotels - dies sind nur einige der Arbeitstätten der etwa 1.000 Kinderarbeiter, die sich Mitte Dezember in Madras versammelten, um ihren Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die von der 'Kampagne gegen Kinderarbeit' organisierte Demonstration konzentrierte sich vor allem auf zwei Forderungen: sichere Arbeitsplätze für die Eltern und kostenlose Ausbildung für die Kinder, damit diese nicht gezwungen werden, in die Fabriken zurückzukehren. Die Organisatoren kritisierten vor allem die wirtschaftliche Liberalisierungspolitik, die in zunehmendem Maße Rechte und Ansprüche von Kindern mißsachte. Im Rahmen der Wirtschaftsreformen würden immer mehr Regierungsmittel für Schul- und Gesundheitswesen, Wohnungsbau und Nahrungsmittelversorgung für Kinder eingespart.

#### Rettet die Wälder, rettet Leben

'Jangal Bachao, Jeevan Bachao',

das ist das Motto einer vom 15. Januar bis 28. Februar dauernden Protesttour zum Schutz der Wälder, zu der eine Gruppe führender Umweltschützer aufgerufen hat. In der jüngsten Vergangenheit häufen sich Auseinandersetzungen und Konflikte zwischen Tier- und Umweltschützern und Adivasis, die traditionell in den Tierreservaten leben. "Die Umweltschützer werfen den in den Schutzgebieten lebenden 'Tribals' vor, den dortigen Tierbestand zu bedrohen und fordern diese Gruppen zum verlassen der Reservate auf", so Bittu Sehgal, Herausgeber des Magazins 'Sanctuary' und Mitorganisator der Kampagne. "Dies hat zu einer Situation geführt, in der die Adivasis den Wald, in dem sie leben, immer mehr als Schrecken und nicht als Lebensgrundlage betrachten. Viele Adivasis wünschen sich eine Aufhebung der Schutzgebiete, in denen sie leben, um ihre traditionellen Landnutzungsrechte zu erhalten." Politiker und Spekulanten nutzen sehr zur Freude der Holzindustrie den Zorn der 'Tribals', große Waldgebiete aus den Reservaten herauszulösen und ihren Schutzstatus aufzulösen. Dadurch sind nicht nur die Wälder, sondern auch tribale Kulturen in ihrer Existenz gefährdet. Der Protestmarsch, der durch mindestens ein Dutzend Reservate und Nationalparks führt, soll die beiden Seiten näher zusammenbringen. "Die Verantwortlichen müssen erkennen, daß ein effektiver Schutz der Wälder nur durch eine aktive



Professor Sivathamby nach seiner Rückkehr aus Indien (Foto: Walter Keller)

Beteiligung der Bevölkerungsgruppen, die in ihnen leben, möglich ist", so Sehgal.

**Archäologie und Hinduchauvinismus**

Die dritte 'Welt Archäologie Konferenz' (WAC3), die in New Delhi stattfand, war geprägt von Auseinandersetzungen zwischen rechtsgerichteten hindu-chauvinistischen Historikern und ihren liberalen, linken Opponenten. Indische Historiker aus beiden Lagern nutzten die internationale Bühne für ihre Auseinandersetzung um Ayodhya. Das 'hindu-chauvinistische' Lager gruppierte sich um die Archäologen Dr. B.B. Lal, Dr. Makkhan Lal und Dr. S.P. Gupta. Dr. B.B. Lal, Präsident der indischen Teilnehmer der Konfe-

renz, entfachte die Kontroverse durch seine Behauptung, bei Ausgrabungen in Ayodhya unwiderlegbare Beweise dafür gefunden zu haben, daß die dort von fanatisierten Hindus zerstörte Moschee auf den Überresten eines Hindutempels errichtet wurde. Die oppositionelle Gruppe, der so bekannte Wissenschaftler wie R.S. Sharma, Irfan Habib, K.M. Shrimali und Suraj Bhan angehörten, reagierte darauf mit dem Vorwurf der Manipulation und Geschichtsverfälschung. Die bekannte Historikerin und Professorin an der 'Jawaharlal Nehru University' (JNU), Romilla Thapar, blieb der Konferenz aus Protest gegen die Politisierung und den Mißbrauch der Archäologie durch politische Interessen fern. Nur mit Mühe konnte B.B. Lal dazu gebracht werden, einer von 18 indischen Historikern eingebrachten Resolution zuzustimmen, die "jegliche Zerstörung oder Beschädigung historischer Monumente" verurteilt.

**Die große Show der 'Jayalalitha'**

Neue Rekorde im Personenkult um die Ministerpräsidentin Tamil Nadus, Kontroversen um den Anschluß internationaler Tamilwissenschaftler und eine Verschärfung der Krise innerhalb der 'Congress'-Partei prägten die achte Weltkonferenz der Tamilen, die Anfang Januar in Thanjavur (Tamil Nadu) stattfand. Die Kulisse der Tempelstadt Thanjavur war geprägt von einer Vielzahl von über 30 Meter hohen 'cut-outs' der Ex-Schauspielerin und derzeitigen Ministerpräsidentin des Bundesstaates, Jayalalitha, in denen diese unter anderem mit der Göttin Meenakshi oder dem Cholakönig Raja Raja Chola auf eine Stufe gestellt wurde. Während sich Jayalalitha als neue 'Göttin der Tamilen'

feiern ließ, führte die Abschiebung international anerkannter Tamilenwissenschaftler - unter ihnen Peter Schalk von der Universität Upsala, Prof. Sivathamby - und Prof. Rupavathy von der Universität Jaffna - zu einem Eklat der von heftigen Protesten anderer Teilnehmer begleitet war. Die Polizei Tamil Nadus warf den ausgewiesenen Wissenschaftlern Verbindungen zu den 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) vor, die für den Mord an Rajiv Gandhi verantwortlich gemacht werden und sah in ihnen ein nicht tragbares Sicherheitsrisiko.

Innerhalb der in Delhi regierenden 'Congress'-Partei führte die Konferenz zu einer Vertiefung der innerparteilichen Spannungen. Während der Gouverneur Tamil Nadus, Channa Reddy, der als schärfster Gegner Jayalalithas gilt, sowie die 'Congress' Partei Tamil Nadus der Konferenz aus Protest um den Personenkult Jayalalithas fernblieben, folgte Premierminister Rao der Einladung der Ministerpräsidentin und nahm an der Veranstaltung teil.

**Der Nordosten: Keine Aussicht auf Frieden**

1994 war für die 'sieben Schwestern', die nordöstlichen Bundesstaaten der indischen Union, ein Jahr voller Unruhen, Konflikte und Gewalttätigkeiten zwischen den verschiedenen dort lebenden Volksgruppen. Im Zentrum der Medienöffentlichkeit standen zweifellos die Auseinandersetzungen zwischen Kukis und Nagas in Manipur, die nun gemeinhin als 'ethnische Säuberungen' bezeichnet werden (siehe auch 'Südasiens' 5/94 und 7/94). Die von der Landesregierung unterstützte Forderung verschiedener Studentenorganisationen nach Vertreibung der dort seit Jahrzehnten siedelnden Chakmas aus Bangladesh und tibetischer Flüchtlinge rückte auch das bisher so friedliche Arunachal Pradesh ins Rampenlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit.

In Mizoram führte die Vertreibung von "outsiders" zu wochenlangen Straßenblockaden, die den Bundesstaat von jeglichem Nachschub abschnitten. Ausschreitungen, Brandschätzungen und Plünderungen von Geschäften veranlaßten im September mehr als 10.000 Geschäftsinhaber Aizawl, die Hauptstadt Mizorams, zu verlassen.

In Meghalaya führte der Widerstand verschiedener tribaler Organisationen gegen die Einführung von

Yashoda Aithal

*Vegetarisch kochen  
- indisch*

pala-verlag

Wähl  
Span  
wach  
geldf  
schie  
(Stud  
tionei  
leuten  
das C  
Shillo  
Ende  
"outs  
ter  
und  
'Laitu  
von  
Stude  
wurde  
Zahlu  
gen  
Höhe  
stete,  
mehr  
und  
schäft  
auf. "  
verdie  
runger  
400.0  
erfülle  
Besitz  
ditions  
bensm  
tumkh  
ge, u  
hat, se  
Und  
kaum  
rung d  
Dezem  
rung ü  
tonome  
Hoffnu  
Lage in  
Region  
Spannu  
sams,  
cialist  
(M) von  
entlang  
weils 1  
forderte  
Die F  
seit 19  
benden  
discher  
laßte d  
Student  
ein Ut  
Arunach  
Staat, d  
von etw  
ungefähr  
schen  
werden  
telle Bec  
Befürcht  
rung, als  
im Inner  
  
Südasiens

Wahlerausweisen zu Spannungen und die wachsenden Schutzgeldforderungen verschiedener militanter (Studenten)organisationen von Geschäftsleuten lähmt vor allem das Geschäftsleben in Shillong. Nachdem Ende Oktober ein als "outsider" bezeichneter Geschäftsinhaber und Hotelbesitzer im 'Laitumkhra Market' von extremistischen Studenten erschossen wurde, weil er deren Zahlungsaufforderungen in fünfstelliger Höhe nicht Folge leistete, geben immer mehr alteingesessene und traditionelle Geschäfte in Shillong auf. "Wieviel muß ich verdienen, um Forderungen in Höhe von 400.000 Rupien zu erfüllen?" fragt der Besitzer eines der traditionsreichsten Lebensmittelläden Laitumkhras, auf die Frage, warum er sich entschlossen hat, sein Geschäft aufzugeben.

Und zur Jahreswende gibt es kaum Anzeichen für eine Verbesserung der Situation. Während Mitte Dezember in Delhi eine Vereinbarung über das Gebiet des 'Bodo Autonomous Council' (BAC) Anlaß zur Hoffnung auf eine Entschärfung der Lage in den von Bodos dominierten Regionen Assams gab, wuchs die Spannung in anderen Gebieten Assams, nachdem das 'National Socialist Council of Nagaland' (NSCN-M) von den Teeplantagenbesitzern entlang der Grenze zu Nagaland jeweils 100.000 Rupien als 'Steuern' forderte.

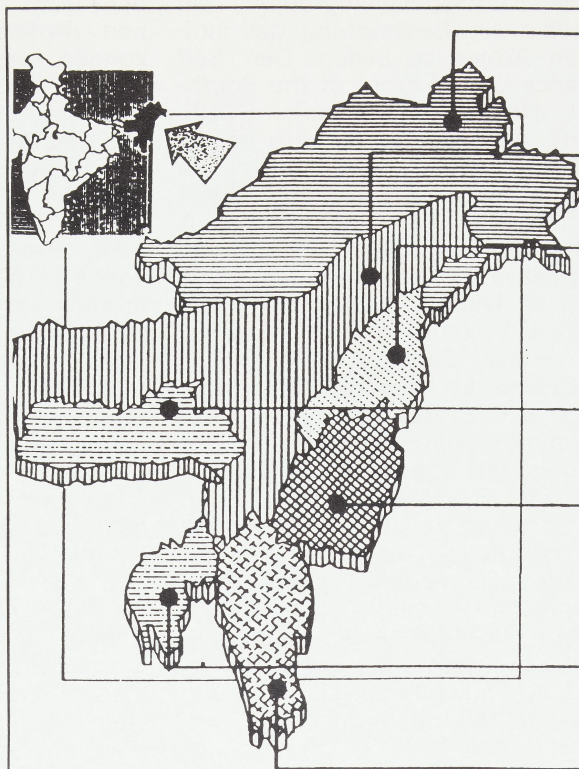
Die Forderung der über 40.000 seit 1964 in Arunachal Pradesh lebenden Chakmaflüchtlinge nach indischer Staatsbürgerschaft veranlaßte die 'All Arunachal Pradesh Students Union' (AAPSU), diesen ein Ultimatum zum Verlassen Arunachals zu stellen. In einem Staat, der eine Gesamtbevölkerung von etwa 800.000 hat, die sich aus ungefähr 110 verschiedenen ethnischen Gruppen zusammensetzt, werden die Flüchtlinge als existentielle Bedrohung empfunden. Diese Befürchtungen erhielten neue Nahrung, als im Juli der Staatsminister im Innenministerium P.M. Sayeed

erklärte, die Zentralregierung erwäge, denjenigen Chakmas und Hajongs die Staatsbürgerschaft zu gewähren, die vor dem 25. März 1971 aus dem damaligen Ostpakistan nach Arunachal gekommen sind. Während die buddhistischen Chakmas aufgrund religiöser Verfolgungen 1964 aus den 'Chittagong Hill Tracts' (CHT) flohen, kamen die hinduistischen Hajongs zumeist aus dem Distrikt Mymensingh Bangladeshs. Sie alle wurden zunächst im Changlang-Distrikt der damaligen 'North East Frontier Agency', dem heutigen Arunachal Pradesh, angesiedelt.

Nach den Verlautbarungen aus dem Innenministerium in Delhi reagierte die AAPSU mit der Aufforderung an alle Flüchtlinge in Arunachal, den Bundesstaat bis zum 30. September 1994 zu verlassen, eine Forderung, die von Arunachals 'Chief'-Minister unterstützt wurde. Wenn es auch nach Ablauf dieses Ultimatums bisher keine Übergriffe gegen die Chakmas und andere Flüchtlinge gegeben hat, so ist die wachsende Spannung deutlich spürbar. Die Chakmas befürchten, daß die politische Agitation der AAPSU nach dem Erlöschen eines weiteren Ultimatums am 15. Januar in militante Aktionen

gegen die verschiedenen Flüchtlingsgruppen mündet.

In weiten Teilen des Jorhat Distrikts Assams herrscht seit Mitte Dezember die Furcht vor Anschlüssen des NSCN (M), das von den an der Grenze zu Nagaland gelegenen Teegärten im Namen der 'Regierung der Volksrepublik Nagaland' (GPRN) bis zum 12. Dezember die Zahlung von Steuern "für die Nutzung der Rohstoffe, Wasserressourcen und Feuerholz Nagalands" in Höhe von jeweils 100.000 Rupien gefordert hatte, wie es in den Briefen, die den Teeplantagen Anfang Dezember zugestellt wurden, heißt. Die GPRN erhebt Anspruch auf die westlich der historischen 'Dhodar Ali Road' gelegenen Gebiete des Jorhat Distrikts. Als auch nach dem Ablauf des Ultimatums, nicht ein einziger Teegarten der Zahlungsaufforderung Folge geleistet hatte, entschied das NSCN während eines geheimen Treffens der GPRN, die Summe auf jeweils 50.000 Rupien zu reduzieren und das Ultimatum um vier Tage zu verlängern. Leisten die Teegärten weiterhin Widerstand, so der Entschluß des NSCN, würden die Wassertanks und Teeverarbeitungsanlagen der Plantagen gesprengt. Während einige Teegartenmanager sich entschlossen, in



Wichtigste militante Gruppen im Nordosten Indiens (Quelle: Ministry of Home Affairs)

#### Arunachal Pradesh

- United Liberation Volunteers of Arunachal Pradesh (ULVA).
- United People's Volunteers of Arunachal Pradesh (UPVA).
- United Liberation Movement of Arunachal Pradesh (ULMA).

#### Assam

- United Liberation Front of Asom (ULFA).
- Bodo Security Force. (BSF)

#### Nagaland

- National Socialist Council of Nagaland (Isak/Muviah). (NSCN I/M).
- National Socialist Council of Nagaland (Khaplang)-NSCN(K).
- Naga National Council (Adinno)/Naga Federal Govt.(NFG).
- Naga National Council (Khodao)-NNC(K).

#### Meghalaya

- Achik Liberation Matgrik Army (ALMA).
- Hynniewtrept Volunteer Council (HVC).

#### Manipur

- National Socialist Council of Nagaland (NSCN I/M).
- People's Liberation Army (PLA)/Revolutionary People's Front (RPF).
- United National Liberation Front (UNLF).
- Peoples Revolutionary Party of Kangleipak (PREPAK)

#### Tripura

- All Tripura Tribal Force (ATTF).
- National Liberation Front of Tripura (NLFT).

#### Mizoram

- Hmar People's Convention (HPC).

ihren Plantagen zu bleiben, zog es die Mehrzahl von ihnen vor, für einige Zeit ins relativ sichere Jorhat zu gehen und von dort aus die Geschäfte zu leiten. Daß es bisher zu keinerlei Übergriffen kam und das NSCN seine Drohungen noch nicht wahr machte, ist möglicherweise auf die nach dem Ablauf des zweiten Ultimatums erhöhte Polizei- und Armeepräsenz in der Region zurückzuführen. Die beiden Teevereinigungen der Region, die entschlossen sind, den Forderungen der GPRN nicht nachzukommen, rechnen damit, daß die Extremisten des NSCN ihre Aktionen bald wieder aufnehmen.

Unter dem Vorwand einer Revision der Wählerlisten führt die extremistische Studentenorganisation 'Mizo Zirlai Pawl' eine Bewegung zur Identifizierung aller 'Ausländer' in Mizoram an. Diese zum Teil gewaltsame, von Übergriffen und Attacken auf nicht-Mizos begleitete Kampagne, veranlaßte mehr als 10.000 nicht-Mizo Geschäftsleute im September Mizoram zu verlassen. Diese Bewegung verhindert auch nach verschiedenen Vereinbarungen zwischen der Zentralregierung in Delhi und der Regierung Mizorams die Rückkehr von Ruhe und Ordnung in Aizawl.

Das NSCN hat sich in der jüngsten Vergangenheit zur wohl stärksten und bedeutendsten Extremistengruppe im Nordosten entwickelt. Es beschränkt seine Tätigkeit nicht mehr allein auf Nagaland, sondern hat seinen Einflußbereich auf weite Teile Assams, Meghalayas und Manipurs ausgedehnt. Bei einem Treffen unter dem Vorsitz T. Muivahs, des Generalsekretärs des NSCN, entschieden sich sechs ver-

schiedene Extremistengruppen, ein Bündnis zur Bekämpfung der indischen Armee zu bilden. Der 'Self Defence United Front of the South-East Himalayan Region', SDUF-SEHR, wie sich das Bündnis nennt, gehören neben dem NSCN die 'Kanglei Yawol Kanna Lup' (KYKL) aus Manipur, das 'Hynneiwtrep A Chik Liberation Council' (HALC) aus Meghalaya, die 'National Liberation Front of Tripura' (NLFT), die 'Karbi National Volunteers (KNV) Assams, die 'Hmar People's Convention' (HPC) und die 'National Democratic Front (NDF) Assams an. In der Gründungserklärung heißt es, das Bündnis sei geschaffen worden, "um die Expansion Indiens" und den "Staatsterror Indiens gegen die süd-östliche Himalayaregion" zu bekämpfen. Die neuen 'Waffenbrüder' versprechen sich gegenseitig, "gegen die indische Besatzung Widerstand zu leisten, bis die hier lebenden Menschen befreit sind" und gegen die indische Armee zu kämpfen.

Gewalttätige Aktionen militanter Studenten- und Extremistengruppen, blutige Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Volksgruppen und wachsender 'Fremden'haß werden so auch 1995 und darüber hinaus zum Alltag im Nordosten Indiens gehören. Forderungen nach mehr Autonomie oder gar Unabhängigkeit, wie durch das NSCN im Falle Nagalands, oder der Ruf nach der Vertreibung aller 'auswärtigen' Geschäftsleute in Shillong oder Aizawl werden weiterhin das sozio-politische Klima bestimmen. Aufstandsbewegungen, Militanz und wachsender Extremismus sind zu einem blühenden Geschäft im Nordosten Indiens geworden, von

dem nicht nur die Extremistengruppen profitieren. Offiziellen Schätzungen zufolge betrug die Gesamtsumme der vom NSCN und seinen Verbündeten erpreßten 'Steuern' und 'Schutzgelder' im vergangenen Jahr umgerechnet etwa 40 Millionen DM. Neue Rekruten, für die in lokalen Zeitungen offen geworben wird, erhalten einen Sold in Höhe von 15.000 Rupien monatlich, erfahrene und gutausgebildete Neuzugänge können mit einem Jahreslohn von mehr als 400.000 Rupien rechnen. Die zunehmende Gewalt erhöht die Zahlungsbereitschaft von Geschäftsleuten und anderen Zielgruppen der Extremistengruppen.

Die Zentralregierung in Delhi reagiert auf solche 'Aufstandsbewegungen' in der Regel mit Geld für 'Entwicklungsmaßnahmen', nach der (zu) einfachen Formel: mehr Geld, mehr 'Entwicklung' und 'Fortschritt', damit weniger Unzufriedenheit und weniger Extremisten. Durch ein 'ausgewogenes' Maß an Gewalt werden infolge dieser Logik die enormen Finanzströme, die von der Zentralregierung in die Region gelenkt werden, aufrechterhalten. Hiervon profitieren vor allem lokale Politiker und 'Contractors', die daher entgegen allen öffentlichen Beteuerungen kaum an einer Beendigung der 'insurgency' interessiert sind. In diesem Prozeß sind es vor allem die sogenannten einfachen Leute, der 'common man', und die vielen Sicherheitskräfte, die zu Opfern werden. "Neu Delhi versteht nur die Sprache der Gewalt. Nur Gewalt ist in der Lage, die Aufmerksamkeit des übrigen Indiens auf diese Region zu lenken", so ein assamesischer Politiker.

## Seminare

Wochenendseminar der Südasiengruppe Heidelberg  
**"Hindu-Moslem-Konflikte in Südasien"**

vom 5.-7. Mai in Heidelberg in Zusammenarbeit mit der GPÖ (Gesellschaft für politische Ökologie)

In diesem Seminar sollen durch Referate sowohl die historische als auch eine aktuelle Bestandsaufnahme der Hindu-Moslem Konflikte in Indien, Pakistan und Bangladesh vorgestellt und diskutiert werden.

Als Referenten werden u.a. sprechen: C. Jaffrelot, Paris; G.K. Lieten, Amsterdam; S. Randeria, Berlin; H. Harder und H. Fischer-Tiné, Südasiengruppe Heidelberg.

Die Zahl der Teilnehmer(innen) ist auf 60 begrenzt. Wir bemühen uns um Unterbringung und Fahrkostenzuschüsse für die Teilnehmer(innen). Aus organisatorischen Gründen bitten wir deshalb um Anmeldung bis zum 21. April.

Weitere Informationen und Anforderung der Anmeldebögen bei: Evelin Hust, Mittermaierstr. 13, 69115 Heidelberg, 06221/23145, Tom Weichert, Friedrich-Ebert-Anlage 23, 69117 Heidelberg, 06221/22666

### Kinderarbeit - Kinderrechte

Eine Tagung zu diesem Thema findet in der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 31. März bis 2. April statt. Weitere Informationen bei der Akademie Hofgeismar, Postfach 1205, 34362 Hofgeismar, Tel.: 05671-881-115